

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kippinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönnhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 20. Septbr. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Enttäuschung.

Und wer sind die Schuldigen?

SPD. Wohl selten hat es eine grössere Enttäuschung gegeben als es diejenige war, die die Reichsregierung und die ihr nahestehenden Kreise erlebt haben, als die englische Antwort auf die deutsche Rüstungsnote eintraf. Alle die, die mit dem Vorgehen der Herren Papen und Schleicher einverstanden waren, hatten angenommen, dass die britische Regierung sich anders verhalten werde als die französische und dem deutschen Wunsch nach wehrpolitischer Gleichberechtigung, hinter dem sich deutlich genug der Anspruch auf das, was man Wehrhoheit nennt, verbarg, zum mindesten ein gewisses Entgegenkommen bereiten werde. Und nun kam eine Ablehnung, die in der Sache nicht minder schroff war als die, die Paris erteilt hatte.

Es hat sich wiederholt, was wir seit dem Kriege schon so häufig erlebten. Immer wieder ist in Deutschland die Illusion entstanden und genährt worden, als gebe es in der Behandlung deutscher Angelegenheiten einen tiefgehenden Gegensatz zwischen England und Frankreich, und als könnten wir diesen Gegensatz benutzen, um die britische Regierung gegen die französische auszuspielen. Mit trügerischen Hoffnungen dieser Art hat sich seinerzeit auch Herr von Papen getragen, als er zur Konferenz nach Lausanne ging, und wenn wir richtig unterrichtet sind, war es damals der Aussenminister, der eben erst seinen Londoner Botschafterposten verlassen hatte, der auf die Zwecklosigkeit solcher Spekulationen aufmerksam machte. Gerade in Lausanne aber ist das Band zwischen Paris und London wieder einmal fester geknüpft worden, und es wäre eigentlich sonderbar, wenn Herr von Neurath nicht auch in der gegenwärtigen Situation seine warnende Stimme erhoben hätte. Ist es nicht der Fall gewesen, so lässt sich das eben nur damit erklären, dass er das Gefühl und das Verständnis für britische Anschauungen und Absichten mit der Zeit eingebüsst hat.

Nun wird auf die englische Regierung gescholten, der man nachsagt, dass ihr grosse Gesichtspunkte fehlten und dass ihr die Fähigkeit zu selbständigem Urteil abgehe. Sonderbar: als das gegenwärtige englische Kabinett sein Amt antrat, waren dieselben Leute, die sich jetzt entrüsten, des Lobes voll über das so grosszügig angelegte Unternehmen einer "nationalen Konzentration", durch die die Labour-Party, die am eifrigsten auf eine deutsche Gleichstellung - durch die Abrüstung der anderen - drang, an die Wand gedrückt wurde, und MacDonald, dem man heute seine Unzuverlässigkeit vorwirft, war der grosse Mann. Ja, als Herr von Papen das Amt des Reichskanzlers übernahm, wurde an das englische Vorbild rühmend erinnert, und der englische Ministerpräsident und der deutsche Reichskanzler konnten sich, wenn sie Lust dazu hatten, mit denselben Kränzen schmücken.

Aber unsere Nationalisten würden es sich nicht verzeihen, wenn sie für die Enttäuschungen, die sie erfahren haben, nur die Engländer und nicht auch die deutsche Sozialdemokratie verantwortlich machten. Man dürfe, so sagt beispielsweise die Berliner "Deutsche Tageszeitung", nicht vergessen, dass die deutsche Sozialdemokratie auf Männer wie Henderson und MacDonald stets einen grossen

Einfluss gehabt habe und dass ihre völlig negative Einstellung zum deutschen Abrüstungsvorstoß natürlich allen Feinden Deutschlands Wasser auf ihre Mühlen treibe.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie in der Vergangenheit so grossen Einfluss auf MacDonald gehabt hätte, dann stände dieser heute nicht an der Spitze einer sogenannten nationalen Regierung, sondern er wäre Führer der Arbeiterpartei. Vollends lächerlich aber für jeden, der die Verhältnisse und die Personen auch nur einigermaßen kennt, ist die Vermutung, dass der englische Ministerpräsident sich in seiner Haltung durch sozialdemokratische Einflüsse oder sozialdemokratische Resolutionen bestimmen lasse. Wir haben weder unmittelbare noch mittelbare Beziehungen zu MacDonald und nur jemand, der in der Begeisterung für den Schleicher'schen Vorstoß seine Augen für die internationalen Zusammenhänge absichtlich verschloss, konnte auf den verrückten Gedanken kommen, die englische Regierung hätte die Anregung zu ihrer ablehnenden Haltung von der deutschen Sozialdemokratie erhalten.

Im übrigen geht der "Deutschen Tageszeitung" selber die richtige Erkenntnis nicht vollständig ab. Sie sagt an anderer Stelle, dass man auf den stärksten Widerstand in Paris hätte gefasst sein müssen, und dass die an sich erstaunliche Haltung Englands im ganzen wohl von der wenig glücklichen Behandlung dieses Landes durch die deutsche Politik herrühre. Ja, sie wird noch deutlicher indem sie feststellt: "Die grobe Täuschung über die in Paris liegenden Möglichkeiten und über die Einstellung Herriots selbst hat zu Schritten und Unterlassungen geführt, die sich nunmehr gerächt haben."

Die Sozialdemokratie bekämpft die Schleicher'schen Pläne, weil sie in ihnen nicht einen "Abrüstungsvorstoß" sondern einen "Aufrüstungsvorstoß" erblickt. Aber wenn wir von dieser sachlichen Seite unserer Opposition einmal absehen, so müssen wir der Kritik der deutschnationalen "Deutschen Tageszeitung" an der Art des Vorgehens völlig beipflichten und darüber hinaus feststellen, dass sowohl die Methoden der Aktion wie die Wahl des Zeitpunkts von einem mehr als bedenklichen politischen Dilettantismus zeugen. Wenn, wie hier und da gemunkelt wurde, bevor man den Schritt unternahm, tatsächlich versucht worden ist, den Boden durch vertrauliche Besprechungen usw. vorzubereiten, so haben sich die dabei auf deutscher Seite Beteiligten über den Erfolg dieser Vorbereitungen offenbar einer sehr schweren Täuschung hingegeben, und sie haben dann die Kugel in einem Zeitpunkt aus dem Lauf gelassen, an dem sie schon mit Rücksicht auf die innerdeutschen Zustände ihr Ziel nicht erreichen konnten. Der Eindruck lässt sich nicht verwehren, als ob das in der ganzen Angelegenheit schliesslich zuständige Auswärtige Amt seine bessere Einsicht auf dem Altar des Reichswehrministeriums geopfert habe.

Wie die Regierung jetzt weiter operieren will, müssen wir abwarten. Vielleicht wird jetzt wieder einmal die Parole "Viel Feind, viel Ehr" modern werden. Einatweilen stellen wir nur das eine fest, dass Deutschland in eine Isolierung hineinmanövriert worden ist, wie sie vor dem Weltkrieg nicht bestand und wie wir sie in der Zeit nach dem Zusammenbruch höchstens in der Periode der Regierung Cuno-Rosenberg erlebten. Die Ära Cuno-Rosenberg ist uns teuer zu stehen gekommen, aber sie war erfreulicherweise kurz. Dass die Ära Papen-Schleicher uns die schwersten Belastungen nicht nur auf innenpolitischem sondern auch auf aussenpolitischem Gebiete bringt, wissen wir jetzt schon zur Genüge. Unser Streben muss dahin gerichtet sein, dass sie wenigstens nicht länger währt als die ihrer so wenig ruhmreichen Vorgänger aus dem Jahre 1923.

SPD. Paris, 20. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Genfer Sonderberichterstatter des "Paris Soir" Sauerwein hat in Kreisen des Völkerbundssekretariats und unter den in Genf bereits anwesenden Delegierten eine Untersuchung über die durch die deutschen Militärforderungen geschaffene Lage angestellt und dabei folgende interessante Einzelheiten erfahren:

"Die amerikanische Regierung hat eine entscheidende, wenn auch diskrete Rolle bei der Bildung einer Strömung gegen Deutschland gespielt. Diese Bewegung wird noch stärker und präziser werden. Wenn auch gewisse Vorbehalte in bezug auf die Doktrin gemacht werden können, so ist die deutsche diplomatische Aktion für Präsident Hoover und seine Verwaltung in doppelter Hinsicht unerwünscht. Zunächst ist sie es wegen ihrer selbst und wegen der Trompetenbegleitung des Herrn von Schleicher. Diese unzeitgemässe Musik stört die Atmosphäre. Für jede wirtschaftliche Sanierung ist eine Aufheiterung der Atmosphäre notwendig. In zweiter Linie ist Washington der Ansicht, dass die Folgen der tollen Streiche des Herrn von Papen, wenn man sich durch sie beeinflussen liesse, sein würden, jeden Erfolg, selbst einen Teilerfolg des amerikanischen Abrüstungsplanes auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Dieser Plan ist aber selbst mit Vorbehalten, die die amerikanische Regierung erwartet, die grosse Idee der Republikanischen Partei. Er soll dem amerikanischen Volk zeigen, dass die Vereinigten Staaten nicht die Demokraten brauchen, um eine wichtige Rolle auf internationalem Gebiet zu spielen. Diese seit mehreren Wochen geschickt geführte Kampagne wird zum Scheitern gebracht, wenn es Deutschland gelingt, die Abrüstungskonferenz zu torpedieren. Die amerikanische Regierung vertritt also den Standpunkt, dass man weder die Wiederaufrüstungsthese noch die von Berlin eingenommene Haltung eines Erpressers zulassen dürfe. Sie hat ihre Ansichten noch nicht öffentlich auseinandergesetzt, aber es hat sie denjenigen, die ein Anrecht darauf haben, mitgeteilt, und die englische Note ist sicherlich von ihnen sowohl hinsichtlich der Abrüstungs- als auch der Reparationsfrage beeinflusst worden. Herriot wird sicherlich die amerikanischen Dispositionen in bester Weise auszunutzen verstehen."

Zugleich wird von der nationalistischen Presse ein wahres Trommelfeuer von Ermahnungen an Herriot gerichtet, in Genf stark zu bleiben und die deutschen Forderungen kategorisch abzulehnen. Das schwerindustrielle "Journal des Debats" fordert ihn auf, nicht nur auf der Abrüstungskonferenz, sondern auch vor dem Völkerbundsrat die Akten über die deutschen Geheimrüstungen zu enthüllen und gemäss Artikel 132 des Versailler Vertrages einen Investigationsantrag zu stellen. Wenn Herriot, so fügt die Zeitung hinzu, die Interessen Frankreichs und die Sache des Friedens anders als es in den letzten Jahren und Monaten geschehen ist, verteidige, könne er auf die vollständigste Unterstützung rechnen, wenn er aber die Politik Briands fortsetze, werde es ihm nicht an Kritiken fehlen. Auch die "Liberté" verlangt die Veröffentlichung des Aktenstücks, ja sie behauptet sogar, dass der Ministerpräsident entgegen den Erklärungen, die er vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer abgegeben habe, bereits entschlossen sei dies zu tun.

Herriot hatte vor seiner Abreise nach Genf noch Unterredungen mit den italienischen, japanischen und belgischen Botschaftern, dem luxemburgischen Ministerpräsidenten und dem mexikanischen Gesandten. Später unterhielt er sich mit dem amerikanischen Senator Reed. Es besteht kein Zweifel, dass alle Unterredungen der Stellungnahme Frankreichs zu der deutschen Demarche galten.

SPD. Am Dienstag befasste sich der Parteiausschuss der Sozialdemokratie mit der Vorbereitung der Reichstagswahl. Otto Wels gab einen ausführlichen Bericht über die politische Lage, dem sich eine längere Debatte anschloss. Dann wurden eine Reihe technischer Fragen, die den Wahlkampf betreffen, besprochen. Die Tagung fand ihren Abschluss mit dem Gelöbnis aller Teilnehmer, den Kampf einig und geschlossen gegen Hitler, gegen seine kommunistischen Helfershelfer und die Papen-Reaktion zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

SPD. Breslau, 20. September (Eig. Dr.).

Vor dem Sondergericht am Breslauer Landgericht läuft seit Dienstag ein neuer grosser Prozess. Hintergrund dieser in der schlesischen Hauptstadt mit grossem Interesse verfolgten Verhandlungen sind jene Unruhen, die sich am 30. Juli nach der Beerdigung des von einem Nationalsozialisten niedergeschossenen Arbeitersportlers Günther in der Breslauer West-Vorstadt, insbesondere in der Friedrich Karl-Strasse abspielten. Angeklagt sind insgesamt 15 Personen, darunter drei Frauen. Ihnen wird zur Last gelegt, im Verlauf der Ausschreitungen Hakenkreuzfahnen heruntergerissen und bei nationalsozialistischen Anwohnern die Fensterscheiben eingeworfen bzw. zu diesen Gewalttätigkeiten öffentlich aufgereizt zu haben. Die Anklage lautet bei allen Angeschuldigten auf Landfriedensbruch, bei einigen ausserdem auf Rädelsführerschaft, Aufruhr und Körperverletzung. Die Angeklagten Hildebrandt und Sedlaczek gehören der Eisernen Front an, alle übrigen Angeklagten sind Mitglieder der Spalter-Partei bzw. Kommunisten oder stehen diesen beiden Parteien nahe.

Die Vernehmung der Angeklagten gestaltete sich für die Rekonstruktion der Vorgänge am 30. Juli wenig ergiebig. Einzelne Angeklagte gaben an, inden Strom der lärmenden Menge mit hineingerissen worden zu sein. An den Zusammenstössen will niemand beteiligt gewesen sein. Auch die Bekundungen der 29 Zeugen die am Dienstag vernommen wurden, brachten zunächst wenig Tatsächliches. Insbesondere dem Angeklagten Hildebrandt, dem die Anklageschrift vorwirft, von seinem Balkon herab Hetzreden gehalten zu haben, konnte von keinem Zeugen irgendwelche Teilnahme an einer strafbaren Handlung nachgewiesen werden, sodass mit dem Freispruch dieses Angeklagten zu rechnen ist. Stark belastet wurden dagegen die kommunistischen Angeklagten Zimmer, Tamm und Geister, die in der Friedrich Karl-Strasse gemeinschaftlich einen Polizei-Oberwachtmeister zu Boden geschlagen und misshandelt haben sollen. In diesem Falle dürfte wohl kaum ein Zweifel daran bestehen bleiben, dass die Angeklagten die ihnen zur Last gelegte brutale Ausschreitung gegen den Polizeibeamten begangen haben. Ueberragend ungünstig lauten ferner die Bekundungen der Zeugen gegen die Angeklagten Dytrt und den Schlosser Griesch. Diese Angeklagten werden beschuldigt, von ihrem Wohnungsfenster aus die Passanten zu aggressivem Vorgehen gegen einen nationalsozialistischen Mitbewohner ihres Hauses aufgefordert zu haben.

Für Mittwoch sind weitere 40 Zeugen geladen. Das Urteil ist am Mittwoch abend zu erwarten.

SPD. Mit einer gewaltigen Kundgebung eröffnete am Dienstag Abend im grössten Saale der Reichshauptstadt die Berliner Sozialdemokratie den Wahlkampf. Zwanzigtausend Menschen drängten sich im Sportpalast Kopf an Kopf, Tausende standen auf der Strasse, die keinen Einlass gefunden hatten aber geduldig harreten, um wenigstens den Führer der Partei, Otto Wels, am Eingang zu begrüßen. Als er dann zusammen mit dem früheren Reichspräsidenten Löbe den gewaltigen Raum betrat, stürmt ein minutenlanges Orkan des Jubels durch den Raum. Wels führte u.a. aus:

Die Beauftragten des Herrenklubs in der Wilhelmstrasse haben entschieden, dass das deutsche Volk am 6. November wiederum zur Wahlurne gehen muss. Das Urteil über die Regierung Papen ist bereits gesprochen, noch ehe das Volk zur Wahlurne geht. Sie wird wiederum eine Schlappe erleiden, und wir wollen dann sehen, ob es der Reichspräsident nochmals wagt, wiederum einen Vorwand zur nochmaligen Auflösung des Reichstags zu unterschreiben. Mehr als neun Zehntel des Parlaments winkten dieser deutschnationalen Baronsregierung ab. In jedem anderen Staat wäre nach dieser unzweideutigen Willenskundgebung des Reichstags geschehen, was selbst der Vorstand eines neutralen Kegelklubs getan hätte. Der mit der Geschäftsführung beauftragte Vorstand wäre zurückgetreten.

Es entspricht dem Geist der ostelbischen Krautjunker, dass die Papenre-

gierung auf die Meinung von neun Zehntel des Volks und seiner Vertreter gepfiffen haben. Damit haben sich die Barone als echte und unverfälschte Nachkommen jener Itzenplitz und Köckeritz erwiesen, die schon immer den Staat nur als uralte Domäne betrachtet haben. Die Schlotbarone und Junker sind unverändert geblieben: Wir sind "wir" und schreiben uns "von"!

Wenn diese Herrschaften heute wieder an der Macht sind, dann durch Lug und Trug der Braunen Häuser, überhaupt aller Diktaturanbeter, ob sie nun von Rom oder von Moskau oder von einem schwarzweissen Kuratorium in der Wilhelmstrasse ausgehalten werden. Ohne Hitler kein Papen, ohne Papen keine Notverordnung und ohne Hungerverordnung nicht Millionen, die am Leben lieber heute als morgen verzweifeln möchten. Mögen Hitler und Göring heute noch so sehr toben gegen Hugenberg und Papen, es gibt keine Seife der Welt, die Hitler und seine Bandenführer weisswaschen könnte von der ewigen Schmach des Volksverrats. Warum stehen denn die Erretter Deutschlands erst heute in Opposition zu Papen, Gayl und Schleicher? Ist Herr von Papen, ist Herr von Gayl, ist der Herrenklub plötzlich ein anderer geworden? Die Herren Barone haben sich nicht gewandelt!

Ob Braune Häuser oder Herrenklubs - aus ihren Fenstern ist Jahrelang die gleiche Melodie gekommen: "Nieder mit dem Marxismus". Hitler und seine Mannen haben dem Herrenklub ermöglicht, Brüning zu stürzen. Sie haben gejubelt, als die Barone die preussische Volksregierung mit Gewalt aus dem Amt holen liessen. Heute läuft Herr Kerrl zu Hindenburg, um ihn um die Entfernung des Herrn Bracht zu bitten. Heute spielen die Diktaturanbeter die Verfassungsschützer. Aber wir wiederholen es immer wieder: Ohne Hitler kein Papen, ohne Hitler kein Kabinett der feinen Leute, ohne Hitler keine Notverordnung des Herrn Papen, ohne Hitler kein Renten- und Unterstützungsabbau von jährlich $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, ohne die Braunen Häuser kein Herrenklub, ohne die Kettenhunde des Kapitals kein Lohnabbau, ohne Hitler kein Ende des Wohlfahrtsstaates. Hitler ist ausgezogen, um im Auftrage des Herrenklubs den Marxismus zu schlagen. In Wahrheit hat er das arme notleidende Volk geschlagen. Seine Versprechungen sind Lug und Trug. Diese angeblich nationale deutsche Arbeiterpartei ist weder deutsch noch national. Sie verspricht alles: dem Volk die Republik, den Fürsten und Baronen die Wiederherstellung der Monarchie, den Katholiken die Erhaltung des lieben Gottes und des Christentums, den Protestanten die Austilgung der Jesuiten und die Vernichtung des Papstes und der schwarzen Pest.

Mit Vertretern dieser schwarzen Pest, den massgebenden Führern des Zentrums, haben die massgebenden Führer der Nationalsozialisten in letzter Zeit wochenlang zu Koalitionsbesprechungen zusammengesessen. Es hat sich aus ersten Gesprächen ein Kuhhandel entwickelt, wie er in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands seinesgleichen nicht findet. Für die Zwischenzeit haben sich Zentrum und Nationalsozialisten für den bevorstehenden Wahlkampf gegenseitige Schonung zugelobt.

Wir wollen diese Eintracht nicht stören, aber wir wollenden Nationalsozialisten im gegenwärtigen Wahlkampf mehr noch denn je die Maske vom Gesicht reissen. Alle sassen wochenlang einträchtig beisammen. Es wurde gekuhhandelt, einmal im "Kaiserhof" und das andere Mal in der Dienstwohnung des Reichspräsidenten Göring. Dieser hilfloseste aller Reichspräsidenten leitete auch die Besprechungen, die einer Aktion gegen den Reichspräsidenten galten. Aus der Umgebung des Reichspräsidenten waren Nationalsozialisten und Zentrum darüber informiert, dass der Präsident für eine schwarzbraune Koalition vorläufig noch nicht zu haben sein würde, obwohl die Nazivertreter mit Hitler an der Spitze ihrer Verfassungstreue ehrenwörtlich und hundertprozentig versicherten und einiger Ministersessel wegen auch bereit gewesen wären, ihre Agitationsphrasen von der "Judenverfassung" und dem "System von Weimar" durch schriftliche, sozusagen notariell beglaubigte Erklärungen zum alten Eisen zu werfen. Aber das nutzte alles nichts, weil der alte Herr - ich will nicht die Ausdrücke gebrauchen, deren sich Hitler bei den schwarzbraunen Verhandlungen

im Hause des Reichstagspräsidenten über Hindenburg bedient hat, der ein für alle Male nach Neudeck geschickt werden sollte - nicht wollte. Hitler beschwor deshalb das Zentrum, den alten Herrn abzusetzen. Er hielt eine längere Rede, gespickt mit Redensarten und schönen Wechseln auf die Zukunft, in der er den Zentrumsvertretern anhand der Verfassung klar machte, dass die Absetzung des Reichspräsidenten durch Beschluss des Reichstags mit Zweidrittelmehrheit möglich sei. Ja, dieser Todfeind der Marxisten, der uns seit Jahren landauf, landab "Novemberverschwörer" und "Volksverräter" tituliert hat, dessen Mund das Wort vom Köpferrollen entsprungen ist - dieser österreichische Ehrenmann beschwor die schwarzen Marxisten förmlich, uns den Novemberverschwörern die Bundesgenossenschaft der Nationalsozialisten im Kampf gegen Hindenburg anzubieten. Dieser Spuk ist durch die Reichstagsauflösung schneller verfliegen, als die Nazis es sich gedacht haben. Was hinter ihm stand, das war die Präsidentschaftskandidatur Hitlers. Er selbst hat auch darüber in den Besprechungen beim Reichstagspräsidenten am vorvergangenen Sonnabend nähere Mitteilungen gemacht. Er hat erklärt, dass er im Falle einer Amtsenthebung des Reichspräsidenten wieder kandidieren werde, und dass er als seinen Gegenkandidaten Herrn Brüning betrachtet, mit dessen Wahl er im zweiten Wahlgang durchaus rechne.

Diese Dinge kennzeichnen die Verlogenheit und Pflichtwidrigkeit der nationalsozialistischen Parteiführer. Die Hitler, Strasser und Goebbels, die sich als Todfeinde des Marxismus ausgeben, bieten uns, den Novemberverschwörern, eine Kampfgenossenschaft ausgerechnet zur Verteidigung jener Volksvertretung an, die sie jahrelang in den Schmutz gezogen und als "Miststall" bezeichnet haben. Während sie uns dies Angebot machen liessen, versuchten sie mit dem Zentrum, die künftige Gestaltung der Reichsleitung auszuknobeln. Wenn Brüning als Präsidentschaftskandidat durchs Ziel gegangen wäre, dann hoffte Hitler Reichskanzler zu werden. Und so glaubte man, die schwarzbraune Koalition doch noch auf diese oder jene Weise zustande bringen zu können.

Hitler in seinem krankhaften Ehrgeiz hat die Hoffnung, doch noch wie Herr von Papen Bismarcks Nachfolger werden zu können, noch nicht restlos aufgegeben. Aber die, die ihn gross gemacht haben, haben weder den Glauben an eine Reichspräsidentschaft Hitlers noch an seine Reichskanzlerschaft. Sie suchen Hitler so oder so zu torpedieren. Am 9. September hat Strasser Schleicher besucht und ihn gebeten, Hitler die Unmöglichkeit seiner Kanzlerschaft klar zu machen. Schleicher sei der einzige, der das könne. Aber Schleicher lehnte ab und veröffentlichte sofort darauf das bekannte Kommuniqué, in dem es hiess, dass er zu einer Verfälschung des Gedankens einer Präsidialregierung nicht die Hand bieten würde.

Wenn eine Systempartei das wäre, was Hitler und seine Trabanten jahrelang vorerzählten, dann ist diese Nazi-Partei die schlimmste und erbärmlichste Systempartei, die sich ja angemasst hat, in die Geschichte und Geschicke eines Volkes einzugreifen. (Stürmischer Beifall)

Am 16. Juni d. J. hielt Herr Kube im Preussischen Landtag eine unerhört beschimpfende Rede gegen das Zentrum. Am 16. August verhandelte derselbe Kube im Geheimstübchen bereits mit dem Zentrum. Das ist die Partei der nationalen und "aufbauwilligen Kräfte". Mit dieser Partei hat Herr von Papen konspiriert. Diesem Mann werden wir nicht vergessen, dass wir als undeutsch und antinational beschimpft worden sind. Wir schreien nicht an jeder Ecke unseren Patriotismus aus: Wir haben das Vaterland in unseren Herzen. Wir halten es mit Jaurès, der den Begriff Vaterland in die wunderbaren Worte kleidete, dass die Nation das Schatzkästlein der Völker sei. Hunderttausende unserer Freunde und Genossen tragen heute noch die Wunde des Krieges. Hunderttausende unserer Freunde und Genossen liegen auf den Schlachtfeldern. Herr von Papen und seine Herrenkaste werden sehr gut verstehen, dass wir in ihnen nicht das Vaterland sehen können, in jenen Baronen, die die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterklasse wieder zu Bürgern zweiten Grades degradieren möchten. Das deutsche Volk will sie nicht, das deutsche Volk braucht Arbeit, Brot, Freiheit

und Frieden.

Wir kämpfen für ein Deutschland der sozialen Ordnung und Wohlfahrt, für ein Deutschland der Gleichberechtigung und der Gleichheit aller seiner Kinder. Es lebe der Kampf, es lebe der Sieg, Freiheit! (Stürmischer minutenlanger Beifall.)

(Die Rede des Abg. Löbe bringen wir im Rundfunk nach.)

SPD. Braunschweig, 20. Sept (Eig. Dr.)

An dem Flugtag der nationalsozialistischen Fliegervereinigung in Braunschweig beteiligten sich auch Direktor, Fluglehrer und Schüler der vom Reichsverkehrsministerium ausgehaltenen Deutschen Verkehrsfliegerschule in Braunschweig. Major Keller führte persönlich ein Geschwader, das Bomben auf Braunschweig, besonders auf eine Bebelhof-Attrappe abwerfen musste. Während der Vorführung stiessen zwei Flugzeuge zusammen. Der Flieger Albrecht wurde aus etwa 80 Meter Höhe aus einem Flugzeug geschleudert. Er war sofort tot. Die Veranstaltung wurde trotzdem nicht abgebrochen, da man den versammelten Nazis das Bombenschauspiel zeigen wollte. Am Dienstag teilte Major Keller dem sozialdemokratischen "Volksfreund" in Braunschweig mit, dass er und die Deutsche Verkehrsfliegerschule nur auf dringendes Verlangen der braunschweigischen Regierung an diesem parteipolitischen Fliegertreffen teilgenommen habe und dass er auf Wunsch einer anderen Regierung ebenso handeln würde. Wenn also Reichsmittel für ein parteipolitisches Fliegertreffen aufgewendet worden sind, so trifft die Schuld in erster Linie den Naziminister Klagges!

SPD. Seit sich die Nazis von Herrn Papen und den Baronen um die Posten betrogen fühlen, herrscht Urfehde im nationalen Lager. So sehr sie sich aber auch befehlen, in Punkto Reklame haben Papen wie Goebbels ihre Ansichten und Methoden nicht geändert.

So hat der Reichskanzler am Dienstag durch das offizielle Wolff-Büro der staunenden Mitwelt verkünden lassen, es seien ihm aus Anlass seiner Rundfunkrede "eine so ungemein grosse Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Landes zugegangen, dass er sich zu seinem Bedauern ausserstande sehe, sie alle persönlich zu beantworten. Er übermittelt daher auf dem Wege über das Wolff-Büro seinen herzlichsten Dank allen denen, die sich in der Not des Vaterlandes mit heissen Herzen als Kämpfer in die Reihen der Front "Mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung stellen".

Es ist noch nicht allzulange her, dass bei der Präsidentenwahl das Motto des Herrn von Papen und seines Herrenklubs lautete: "Mit Hitler für Deutschlands Erneuerung". Der Herrenklub hatte es sich damals etwas kosten lassen, sehr viel sogar. Warum sollten also die Schwerindustriellen und kapitalkräftigen Herren nicht ein paar Pfennige zu einem Telegramm übrig haben, für ihren Kanzler, der ihnen das für Hitler geopfert Geld mit Zinseszinsen und in Milliardenhöhe zurückgibt? Aus den Reihen der sechs Millionen Arbeitslosen, der Witwen und Rentner, der Kleinbauern und des armen Mittelstandes hat Herr von Papen bestimmt kein Telegramm erhalten. Und wäre es geschehen, so hätte es Herr von Papen nicht hinter den Spiegel gesteckt, wie er es jetzt mit den "ungemein zahllosen" tut und in einer Manier, die sehr stark an das Reklambüro eines ersten Heldendarstellers einer Schmierenkomödie erinnert.

Im Reklame-Rennen ist jedoch Josef Goebbels von der anderen Seite der Hamburger Front noch viel tüchtiger. Am Sonntag war er in Wien, als grosse Attraktion und am Montag schreift sein Berliner Leibblatt spaltenlang über die erste Seite: "Österreich huldigt dem Gauführer Berlins". Zwei Tage soll nach diesem Bericht ganz Wien im Zeichen des Hakenkreuzes gestanden haben; "vieltau-

sendköpfige Menschenmenge am Bahnhof" usw. usw. Goebbels hatte jedoch Pech! Wien hat von all dem nichts gesehen. 500 SA-Lette waren zusammengetrommelt den grossen Bruder und kleinen Gernegross zu empfangen und sage und schreibe 22 Hakenkreuze gaben ihm den Abschied.

Herr von Papen kann von seinen "aufbauwilligen Kräften" also noch etwas lernen!

SPD. Kopenhagen, 20.Sept. (Eig.Dr.)

Am Montagabend sprach im Gewerkschaftshaus der mit Gewalt seines Amtes enthobene Berliner Polizeipräsident Grzesinski in einer Veranstaltung der Lesegesellschaft der Arbeiter. Grzesinski hielt eine scharfe Abrechnung mit der Papen-Regierung. Das Experiment dieser Regierung, die sich-eingebildet habe, die Nationalsozialisten unter ihre Führung bringen zu können, sei vollständig gescheitert. Die Regierung stehe vor einem Scherbenhaufen.

Zu Beginn der Rede Grzesinskis versuchten mehrere Kommunisten, die Versammlung durch Geschrei zu stören. Sie warfen mit Tomaten nach dem Redner. Von Jungsozialisten wurden die Kommunisten rasch aus dem Saale herausgeworfen, sodass die Versammlung dann einen ungestörten Verlauf nehmen konnte. Die Kommunisten sind in Dänemark eine vollkommen bedeutungslose Gruppe. Es ist bezeichnend für sie, dass sie ausgerechnet einen sozialdemokratischen Redner zu stören versuchten, als dieser in schärfster Form gegen die reaktionäre deutsche Regierung polemisierte!

SPD. Die Papen-Regierung lebt mit fast 9/10 des deutschen Volkes im Konflikt. Sie liegt im Streit mit den Parteien, mit den Landesregierungen, mit den Gewerkschaften und mit anderen Interessenverbänden, überhaupt mit fast allen Institutionen und Körperschaften, die mit dem Herrenklub nichts zu tun haben wollen. Jetzt steht sie im Begriff auch mit dem Preussischen Landtag einen Konflikt vom Zaune zu brechen.

Im Preussischen Landtag haben die "aufbauwilligen Kräfte" des Herrn Papen und ihre kommunistischen Helfershelfer kürzlich einen Beschluss gefasst, wonach die preussischen Beamten den Anweisungen der kommissarischen Regierung nicht unbedingt Folge zu leisten brauchen. Der preussische Reichskommissar Herr von Papen und sein Stellvertreter, der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht, fordern nun, dass dieser Beschluss schnellstens rückgängig gemacht werde, da er die Staatsautorität gefährde. Diese Forderung hat Herr von Papen im Verlauf der Unterredung des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerl mit dem Reichspräsidenten am Montag offiziell erhoben, sodass sich am Mittwoch wahrscheinlich der Ältestenrat des Landtags mit diesem Ansinnen befassen wird. Die Entscheidung über die Aufhebung des Beschlusses liegt selbstverständlich bei den Parteien, die ihn gefasst haben.

Wird der Beschluss nicht zurückgenommen, dann wollen die Barone nach der Papen-Presse in Preussen wie am 20.Juli nochmals die "Ruhe und Ordnung für gestört" erklären und daraus das Recht einer Auflösung des Preussenparlamentes folgern. Auf einen Konflikt mehr kommt es bei den Baronen schliesslich nicht mehr an.

SPD. Stockholm, 20.Sept. (Eig.Drahtb.)

Der schwedische König hat den sozialdemokratischen Abgeordneten Per Hansson mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Hansson hat sich die Entscheidung über die Annahme des Auftrags vorbehalten. Am Montag wird sich die sozialdemokratische Parteileitung darüber schlüssig werden ob Hansson ein sozialdemokratisches Minderheitskabinettt bilden soll. Mit der Bildung einer derartigen Regierung ist zu rechnen.

SPD. München, 20.September (Eig.Drahtb.)

In München sind drei Devisenschieber verhaftet worden, dazu ein Kriminalkommissar, der ihnen Beihilfe geleistet hatte. Sie haben wöchentlich Beträge von durchschnittlich 180 000 Mark in die Schweiz verschoben.

An der Spitze dieser sauberen Kumpane steht der Hotelier Hauser, der bis vor kurzem noch Besitzer des Hotels Reichsadler war, dessen 250 Zimmer seit etwa vier Monaten von der Reichsleitung der Hitler-Partei für den Jahresbetrag von 200 000 Mark gemietet worden sind. Hauser war immer schon ein Liebling der hiesigen Nazileitung und früher auch einmal Kantinenwirt im Braunen Haus. Auch der verhaftete Kriminalkommissar Paulus ist ein strammer Hitlermann und aus irgendwelchen Gründen ein Höriger des Hoteliers Hauser. Paulus sass im gleichen Büro mit dem Kriminalbeamten, der die Erhebungen in der Devisenschiebung zu machen hatte, sodass es ihm nicht schwer fiel, die Akten einzusehen und den Inhalt seinem Freunde Hauser mitzuteilen. Ausserdem war er in demselben Untersuchungsgefängnis, in dem der Juwelier Altmann sass, der die Devisen jeweils in die Schweiz brachte und als erster verhaftet worden war. Er verhörte diesen Altmann in der Sprechzelle der Gefangenen und erzählte dann alles, was er erfahren hatte, dem damals noch nicht verhafteten Hauser, dem es auf diese Weise gelang, seine Helfershelfer zu instruieren.

SPD. Der Beamtenausschuss des Preussischen Landtags befasste sich am Dienstag mit der Kündigung von Angestellten der aufgelösten preussischen Landkreise. Annahme fand ein Vorschlag des Berichterstatters Simon (Soz), wonach der Reichskommissar ersucht werden soll, die Kündigungen sofort rückgängig zu machen und im Einvernehmen mit den Angestelltenräten und Gewerkschaften die freiwerdenden staatlichen und kommunalen Angestellten anderweitig unterzubringen. Dem Landtag soll über die Durchführung dieser Massnahmen baldmöglichst Bericht erstattet werden.

SPD. Bonn, 20.September (Eig.Drahtb.)

In Bonn wurden fünf junge Nationalsozialisten, von denen vier zum Teil erheblich vorbestraft sind, wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen verurteilt.

In der Nacht zum 14.August machten die Nazi-Rowdies die Strassen von Godesberg unsicher. Sie gröhlten ihre SA-Lieder, brüllten fortwährend: "Heil Hitler! Rot Front verrecke!" An den Häusern, in denen Kommunisten wohnten, riefen sie: "Du Dicksack, dreckiger Kommunist erscheine! Feiger Hund, komm herunter, wir schlagen dich kaputt! - Kommt heraus, ihr Kommunisten, wir wollen Blut sehen! - Heil Hitler!" usw. Einen Vorübergehenden hielt man an, untersuchte seine Taschen und einer der SA-Leute drohte ihm mit Erstedhen.

Einer der Rowdies erhielt zwei, der andere drei Wochen Gefängnis, zwei wurden zu einer Haftstrafe von je einer Woche und einer zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Kommunisten wären sicher nicht so milde davongekommen.

SPD. Nazi-Goebbels erklärt in seinem Berliner Sudelblatt, es sei alles Lüge was die Nazi-Opposition über seine Luxuswohnung mit dem goldenen Kronleuchter verbreite und was die sozialdemokratische Presse auszugsweise wiedergab.

"Es ist unwahr" schreibt Lügen-Goebbels wörtlich, "dass meine Frau im Hause derer von Dircksen die Kronprinzessin beknietsen durfte, weil meine Frau niemals im Hause von Dircksen die Kronprinzessin gesehen hat. Es ist unwahr, dass ich eine feudale Wohnung eingerichtet und für Zehntausende habe ausstatten lassen. Meine Wohnung war und ist noch Eigentum meiner Frau!"

Diese Antwort ist des nationalen Helden Goebbels würdig und macht seinem Namen alle Ehre! Der Erneuerer Deutschlands verkriecht sich hinter die Rockschösse seiner Frau. Ihr gehört die 50 000 Mark-Wohnung, er haust darin!! Und wo wurde die Frau Kronprinzessin von seiner Frau bekniets? In einem Hofbericht der Wiener "Neuen Freien Presse" aus dem Hotel Esplanade in Berlin heisst es darüber:

"Der Kronprinz und die Kronprinzessin nahmen mit der Grossherzogin von Sachsen-Weimar und ihrer Prinzessin-Tochter, Prinzessin Friedrich Sigismund von Preussen, ihrem Bruder, Prinzen Schaumburg-Lippe und der Herzogin Adolf Friedrich zu Mecklenburg in der ersten Reihe Platz. Im Laufe des Abends liess die hohe Frau verschiedene Persönlichkeiten an ihren Tisch bitten, so die junge Frau Dr. Goebbels, deren erstes Erscheinen in der Gesellschaft lebhaftes Interesse erregte. Frau von Dircksen, die von den führenden Damen der Gesellschaft als erste ihr Haus den Nationalsozialisten gastfreundschaftlich öffnete, stellte sie der Kronprinzessin vor. Eine wunderschöne Frau in einer Wolke von hauchzartem weissen Chiffon mit goldblondem Haar, strahlenden, grossen Augen, von dunklen Wimpern umrahmt und von bezaubernder Anmut. Ein ganz grosser Abend"

Und heute tobt Lügen-Goebbels gegen die "feinen Leute" und droht, er werde gegen alle Verbreiter der von ihm bestrittenen Nachrichten Klage anstrengen lassen. Dieser Heuchler....

SPD. London, 20. September (Eig. Dr.)

Gandhi begann am Dienstag seinen Hungerstreik gegen die englischen Gesetzespläne über die parlamentarische Vertretung der unterdrückten Klassen in Indien. Er nahm vorher noch eine für seine Verhältnisse grosse Mahlzeit zu sich. Gandhi wird bis zu seinem Tode fasten, falls die Regierung vorher nicht ihren Gesetzesplan aufgeben sollte. Die Tore des Gefängnisses stehen ihm offen, sofern er auf jede politische Kongresspropaganda verzichtet, aber der Mahatma will die Freiheit, die die Regierung ihm anbietet, nur annehmen, wenn sie an keine Bedingung geknüpft wird.

SPD. Die Reichsregierung hat den Zoll für die Einfuhr von Heringen und Superphosphat erhöht. Der erhöhte Zoll tritt bereits am 26. September in Kraft. Der Heringszoll wird in Zukunft 6 bzw. 9 Mark betragen. Er hat sich also verdreifacht. Damit dürfte sich der Preis für den Hering um 2 Pfennig erhöhen. Auch bei Superphosphat liegt eine Verdreifachung des Zolls vor. Die Regierung hat damit den Wünschen der Interessenten weitgehend Rechnung getragen.

Aus aller Welt

Um den Kopf.

Fünf Kommunisten unter Totschlagsbeschuldigung vor dem Berliner Sondergericht. - Es droht die Todesstrafe!

SPD. Vor der Volk-Kammer des Berliner Sondergerichts begann am Dienstag ein neuer Riesenprozess gegen fünf kommunistische Arbeiter. Die Angeklagten Calm, Zweig, Schall, Sterdt und Heine sind des vollendeten gemeinsamen Totschlags aus politischen Motiven beschuldigt, worauf nach der Terrorverordnung die Todesstrafe steht; bei Heine, noch nicht 20 Jahre alt, müsste das Gericht im Falle einer Schuldigsprechung auf zehn Jahre Gefängnis erkennen. Den vier anderen Angeklagten Tobehn, Krüger, Beiler und Kolesche werden die Zuchthausverbrechen der Beihilfe zum Totschlag und des schweren Landfriedensbruchs zur Last gelegt. Vor Beginn der Verhandlung kam es auf der Strasse zu Kundgebungen. Rufe wie "Nieder mit den Sondergerichten!" drangen in den Saal, ins Ohr der Richter.

Mordsturm 33.

Der Verhandlung liegt ein Zusammenstoss mit dem berüchtigten Charlottenburger Sturm 33 zugrunde. Am 29. August kam es nach Beendigung einer Sitzung einer antifaschistischen Häuserstaffel zu einer Schiesserei vor dem Charlottenburger SA 33-Lokal in der Röntgenstrasse. Der SA-Mann Gatschke, Mitglied des Sturm 33, wurde tödlich verletzt; zwei SA-Leute erlitten Verwundungen. Die Anklage unterstellt, die gefährlichen Schüsse seien von den Kommunisten abgegeben worden. Die Angeklagten erklären sich unschuldig und bringen dafür mancherlei Beweise. Der berüchtigte Mordsturm 33 hat bereits drei Arbeiter ermordet und viele verwundet: seine Führer Hahn und Maikowski werden von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt. Die Angeklagten und ihre Anwälte, die Rechtsanwälte Kurt Rosenfeld und Dr. Litten, glauben an die Möglichkeit, dass Gatschke den Schüssen seiner eigenen Kameraden, die aus dem Nazilokal auf die kommunistischen Arbeiter schossen, zum Opfer gefallen ist.

Die Gründung der Röntgenstaffel.

Der Angeklagte Calm erklärte, dass er in der KPD Zellenreferate gehalten habe; vor sechs Wochen sei er zur Gründung antifaschistischer Häuser-schutzstaffeln herangezogen worden. Diese Staffel hätte die Aufgabe, in bestimmten durch SA-Angriffe gefährdeten Häusergebieten einen Schutz aller antifaschistischen Arbeiter zu bilden. Die meisten Mitglieder der Schutzstaffel seien politisch nicht organisiert. Eine solche Staffelgründung sei in der Röntgenstrasse besonders notwendig gewesen, da alle Mordtaten in dieser Gegend von dem in dieser Strasse "beheimateten" Sturm 33 begangen worden seien. Die Ueberfälle von Sturm 33 hätten sich bis in die letzte Zeit fortgesetzt. Die Gründung der Röntgenstaffel sei am 22. August erfolgt.

20 Schüsse und Feuerstrahle

Calm führte aus, er sei zu Beginn dieser Sitzung am 29. August im Lokal Willmann darüber informiert worden, dass ein junger Parteigenosse vor dem SA-Lokal in der Röntgenstrasse von SA-überfallen worden sei. Er liess den Ueberfallenen holen und ging mit ihm zum nächsten Polizeirevier, wo man ihm erklärte, dass vor ihm schon Nazis dagewesen seien, die das gleiche von sich behauptet hätten.... Die Angabe der Nazis erwies sich als falsch. Calm bat um Polizeischutz für die bei Willmann versammelten Leute. Der Schutz wurde abgelehnt. Man riet ihm, die Arbeiter sollten geschlossen nach Hause gehen.

Diesen Rat befolgte Calm. er gab dabei ausdrücklich Anweisung, in der Röntgenstrasse auf der dem SA-Lokal gegenüberliegenden Seite zu gehen. Er selbst fuhr beim Nachhauseweg mit seinem Rad voraus, um vorsichtshalber eine Polizeistreife zu holen. Plötzlich hörte er etwa 20 Schüsse fallen und sah Feuerstrahle, die erkennen liessen, dass offenbar aus dem Nazilokal heraus geschossen worden sei. Der Angeklagte will auch gesehen haben, wie die Täter flüchteten. Er schliesst seine Schilderung mit den Worten: "Wir sind unschuldig!"

Tolk fragt.

Vors.Tolk: "Also es herrschte bei Ihren Genossen Erregung gegen den Sturm 33. Sind keine Drohungen gegen den Sturm ausgestossen worden?" Calm: "In unserer Versammlung wurde von anderen Dingen gesprochen." Vors.: "Es sind aber in der Röntgenstrasse Flugblätter verteilt worden, in denen die Schliessung des SA-Lokals verlangt wird. Das nenne ich eine Drohung." Calm: "Mit diesen Flugblättern haben wir nichts zu tun. Wir kennen sie gar nicht." Verteidiger: "Das Verlangen, ein SA-Lokal zu schliessen, ist doch keine Drohung. Ist nicht gerichtsbekannt, dass in den letzten Jahren eine ganze Reihe von nationalsozialistischen Verkehrslokalen geschlossen worden sind, weil sie wegen der Ueberfälle, die dort organisiert wurden, eine öffentliche Gefahr bildeten? Auch das Lokal des Sturms 33 wurde zweimal befristet geschlossen." Vors.: "Die Schliessung von SA-Lokalen können wir unterstellen, aber nicht den Grund, dass sie wegen Gewalttaten geschlossen worden sind."

"Material".

Vors.: "Haben Sie Ihre Genossen bei Ihrer Sitzung gefragt, ob sie Waffen bei sich haben?" Calm: "Ich habe sie nach Material gefragt." Vors.: "Was ist das?" Calm: "Verbotene Flugschriften, die im Falle einer plötzlichen Haus-suchung zur Verhaftung führen konnten." Vors.: "Verstehen Sie nicht unter Material Waffen? Wenn Sie im Zusammenhang mit Ihrem späteren Nachhauseweg von Material gesprochen haben, werden Sie bei dem Worte Material wahrscheinlich an Waffen gedacht haben. Haben Sie jemals eine Waffe besessen?" Calm: "Nein." Verteidiger: "In der Anklageschrift steht, dass vor Versammlungs-schluss Posten auf Fahrrädern zur Beobachtung der Nazis ausgesandt wurden." Calm: "Das ist nicht richtig." Verteidiger: "In der Anklageschrift steht, dass Waffen an Frauen verteilt wurden." Calm: "Es waren gar keine Frauen da."

Nazis "stossen einen aus..."

Auch die andern Angeklagten behaupten ihre Unschuld. Am wichtigsten ist die Aussage von Sterdt: "Ich habe gehört, dass Calm in der Staffelsitzung den Rat gab, keine Schlägerei mit den Nazis anzufangen." Die Schiesserei sei vom Nazilokal ausgegangen; Sterdt will auch gehört haben, wie ein Nazi vorher sagte: "Komm her, wenn Du ein Herz hast, dann stossen wir einen aus."

Die Polizei-Zeugen entlasten die Angeklagten. Auch nach ihrer Meinung ist aus dem Nazilokal heraus geschossen worden. Es wurden insgesamt zwei Pistolen gefunden; die dritte Pistole jedoch, die zu der Munition passt, die im Leichnam des getöteten SA-Mannes Gatschke gefunden wurde, fehlt, nach der Aussage des gleichfalls vernommenen Schiessachverständigen Brüning. Brüning sagt weiter aus, dass auch nach seiner Meinung wahrscheinlich von der Seite des SA-Lokals aus geschossen worden ist.

Ego.

+ + +
Der kleine Moritz. Vor der 4. Grossen Strafkammer des Landgerichts II Berlin hatte sich am Dienstag der sattsam bekannte Pamphletist Moritz, auch unter dem Pseudonym Zamow bekannt, gemeinsam mit dem verantwortlichen "Sach-senspiegel"-Redakteur Häubler, unter der Anklage der üblen Nachrede zu ver-antworten. In erster Instanz war Zamow zu drei Monaten Gefängnis, Häubler zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das neue Urteil ist am Donnerstag

zu erwarten.

Moritz ist der Verfasser des Buches "Gefesselte Justiz." Der Landtagsabgeordnete Erich Kuttner hatte auf Unterlassung von acht Stellen geklagt. Seiner Klage wurde im wesentlichen stattgegeben. Herr Moritz rächte sich, indem er in einem Schmähartikel Kuttner einen Meineid vorwarf. Erich Kuttner soll nach Zarnows Behauptung am Tage der Barmat-Verhaftung, am 31. Dezember 1924, in einer Besprechung mit Ernst Heilmann, dem Vorsitzenden der preussischen Landtagsfraktion mit dem "Vorwärts"-Redakteur Viktor Schiff, eine Offensive zu Gunsten von Barmat verabredet haben. Kuttner soll weiterhin einen am 1. Januar 1925 im "Vorwärts" erschienenen Artikel, in dem einige Massnahmen der Staatsanwaltschaft bei der Verhaftung der Barmats einer sachlichen Kritik unterzogen wurden, inspiriert haben. Daraus, dass Kuttner bereit war, einen ihm zugeschobenen Eid zu leisten, dass diese Behauptungen nicht zutreffen, wollte ihm Moritz den Strick der Eidesverletzung drehen. Der Verleumder musste sich aber durch die Aussagen des Nebenklägers Kuttner und der Zeugen Heilmann und Schiff darüber belehren lassen, dass der betreffende Artikel vor jener Zusammenkunft am Sylvester-Abend 1924 von einem "Vorwärts"-Redakteur völlig selbständig geschrieben und in Satz gegeben worden war, und dass jene so verdächtige politische Besprechung nichts anderes war, als eine längst verabredete, seit Jahren im Kreise der Genannten übliche Sylvesterfeier. An jenem Abend ist nach der eindeutigen Aussage der Beteiligten wohl auch über den Fall Barmat, der damals unter Politikern naturgemäss das Tagesgespräch bildete, geredet worden; von der Verabredung einer Gegenaktion, deren meineidige Verschweigung Kuttner von Moritz zur Last gelegt wird, kann selbstverständlich keine Rede sein. In der ersten Instanz hatte sich Moritz noch auf "eine zweite Besprechung an jenem Tage" versteift. Kuttners Eid bezog sich, wie jetzt durch richterliche Aussage bestätigt wurde, darauf, dass diese "zweite Barmatbesprechung" nicht stattfand.

Als der kleine Moritz sich nicht mehr zu helfen wusste, nannte er Kuttner einen "Publizisten mit sämtlichen typischen, schlechten jüdischen Eigenschaften". Kuttner wies daraufhin, dass er den Krieg immerhin trotz seiner "schlechten jüdischen Eigenschaften" als Kriegsfreiwilliger an der Front mitgemacht habe. Er habe auch nicht so oft seine Gesinnung gewechselt wie der kleine Moritz, der z.B. nach Kriegsende in sozialdemokratischen Blättern Artikel schrieb über das Schlemmerleben der Offiziere.

+ + +
Eifersuchtsdrama. In seiner dem Berliner Alexanderplatz nahegelegenen Wohnung erstach ein 26 Jahre alter Schlächter seine Ehefrau, die in der Nähe des Alexanderplatzes unter dem Namen "Sachsenmartha" bekannt war. Nach der Tat nahm sich der Schlächter, der Mitglied eines Unterweltvereins war, das Leben. Eifersucht dürfte das blutige Drama ausgelöst haben.

+ + +
Eine Lepra-Kranke. In der Nähe von Heinrichswalde (Memelniederung) wurde auf Veranlassung des Wohlfahrtsamtes eine dort in einem halbverfallenen Häuschen in völliger Einsamkeit lebende Frau ärztlich untersucht. Es wurde festgestellt, dass die Einsame, die in der Gegend als nicht ganz normal galt, leprakrank ist. Die Kranke wurde sofort ins Lepraheim Möbel überführt. Als man bei einer gründlichen Desinfektion ihre Kleider verbrennen wollte, fing ihr Haus Feuer. Es fiel den Flammen zum Opfer.

+ + +
Ins Meer gestürzt. Im Hafen von Barcelona stürzte ein spanisches Marineflugzeug ins Meer. Beide Insassen kamen ums Leben.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die richtigen Männer.

SPD. An den Berliner Anschlagsäulen erschien in diesen Tagen ein grosser Aufruf zur Gründung einer Präsidialpartei. Die neu zu gründende Partei wollte Herrn von Papen beispringen. Der Aufruf war unterzeichnet von einem Hans Georg Heye und einem Herrn von der Mehden.

Es begann alsbald ein grosses Rätselraten, wer die beiden Herren seien, ob und in welchen Beziehungen sie zu Herrn von Papen stünden. Die Lösung dieser Fragen ist bisher noch nicht gelungen. Nun kommt das Licht plötzlich aus Hildesheim. Die "Hildesheim'sche Zeitung" klärt auf, wer die beiden Herren sind und was es mit ihrer Parteigründung auf sich hat. Die beiden Herren sassen bisher als Volontäre in den Redaktionsstuben zweier Hildesheimer Zeitungen. Der eine, Herr Heye, ein Neffe des früheren Chefs der Heeresleitung und ehemaliger Kadett in der "Gerstenberg'schen Zeitung", der andere Herr von der Mehde in der Redaktion des "Hildesheimer Abendblattes". Auf beiden Redaktionen wurde die jungen Herren ängstlich von jeder politischen Tätigkeit fern gehalten. Sie durften sich nur in allgemeinen, in den ungefährlichen Bezirken der Journalistik tummeln. Sie fühlten den Drang nach grösseren Dingen in sich und so versuchten sie im freiwilligen Arbeitsdienst eine Papenpartei auf die Beine zu stellen. Vorläufig besteht sie nur aus den beiden als geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern. Die jungen Herren haben sich wahrscheinlich gesagt: was Hitler konnte, können wir auch.

Wir aber fragen uns: Wären nicht diese beiden Volontäre aus Hildesheim gerade die richtigen Leute für eine Papen-Partei? Wo Volontärspolitik getrieben wird, sind die Volontäre am richtigen Platze!

Goebbels und der Herrenklub.

Goebbels tobt nach wie vor gegen die "feinen Leute" und gegen den Herrenklub, aus dem Herr von Papen hervorgegangen ist. Der Ausdruck "Herrenklub-Regierung" wird von ihm und den Seinen als schärfstes Schimpfwort gegen die Papen-Regierung benutzt. Die Herrschaften vergessen dabei, dass nationalsozialistische Redner so z.B. Pg. Feder häufig in den Herrenklubs geredet haben. Sie sind sehr unvorsichtig, denn noch jetzt sind die Beziehungen zu dem Herrenklub und den ihm angeschlossenen Herrengesellschaften nicht eingestellt. Dieser Mangel an Vorsicht hat den Nazis in Mecklenburg einen schweren Betriebsunfall eingetragen. Der Nazigauleiter von Mecklenburg, der Reichstagsabgeordnete Hildebrandt, hat kürzlich erst die Verknöcherung und den reaktionären Charakter der Herrengesellschaft öffentlich dargelegt. Am gleichen Tage aber versandte Herr von Oertzen-Roggow für die Herrengesellschaft Mecklenburg ein Rundschreiben, in dem er darauf aufmerksam machte, dass der Ministerpräsident von Mecklenburg, Herr Granzow, im Herrenklub einen Vortrag halten werde. Herr Granzow aber ist Nationalsozialist.

Das ist Pech für Herrn Hildebrandt, aber noch mehr für Herrn Goebbels. Denn Herr Granzow ist zugleich - Goebbels Schwager.

Eine Papen-Legende.

In der Papen ergebenen Presse wird eine offenbar durch eine Korrespondenz verbreitete Geschichte zur Verherrlichung des Herrn von Papen erzählt. Diese Geschichte soll angeblich von Herrn von Hindenburg selbst stammen:

"Im Jahre 1917 habe Papen unter dem General Liman von Sanders vor Jerusalem gelegen. Der General wollte die Stadt aufgeben, Herr von Papen aber liess den General gefangensetzen und unternahm eigenmächtig die Eroberung Jerusalems wobei er grosse persönliche Tapferkeit bewies. Dafür habe Herr von Papen den höchsten Hohenzollernschen Hausorden erhalten. Im Anschluss an diese Erzählung habe Hindenburg gesagt:

"Soll ich einem so bewährten tüchtigen Offizier die Führung wegnehmen und sie einem anderen anvertrauen, der diese Eigenschaften der Ruhe und Entschlusskraft im entscheidenden Augenblick noch nicht bewiesen hat?"

Eine Geschichte wert, dass sie in den Geschichtsbüchern für Volksschulen im Kaiserlichen Regime gestanden hätte! Leider stösst die Erzählung an einige kleine Tatsachen. Jerusalem wurde im Weltkrieg von den Deutschen überhaupt nicht erobert. General Liman von Sanders war im Jahre 1917 nicht in Palästina, sondern kam erst am 1. März 1918 dahin und damals verlief die Front schon nördlich von Jerusalem. Die rührselige Erzählung zur Verherrlichung Papens entpuppt sich also als eine ganz gewöhnliche Geschichtsklitterung. Herr von Papen war allerdings in Palästina. Als am 20. September 1918 das deutsche Hauptquartier in Nazareth von den Engländern überfallen wurde, musste Herr von Papen mit Liman von Sanders schleunigst den Rückzug antreten. Bei dieser Gelegenheit liess Herr von Papen jene Aktenstücke über seine amerikanische Tätigkeit zurück die dann den Engländern in die Hände fielen und in Amerika ausgeschlachtet wurden. Die Lobredner des Herrn von Papen hätten lieber nicht von Palästina reden sollen!

Hitler stark irritiert.

Ludendorffs "Volkswarte", die mitunter recht gut informiert ist, will Einzelheiten über das letzte Frühstück der Herren Hitler, Schleicher und Herrn von Papen erfahren haben. Bei dieser Unterredung habe Hitler einen sehr schlechten Eindruck gehabt. Er habe sich in Anwesenheit des vornehmen Herrn von Papen, dieses wohlangezogenen Aristokraten mit den feinsten Manieren, nicht wohlgeföhlt und sei deshalb nervös und fahrig gewesen, wie das bei Leuten häufig ist, die sich auf ihnen ungewohntem gesellschaftlichen Parkett bewegen. Seine Nervosität sei noch dadurch gesteigert worden, dass Herr von Schleicher ihm sehr energisch und zugleich sehr herablassend gegenübergetreten sei. Die Herablassung Schleichers und die feinen Manieren Papens hätten Hitler so stark irritiert, dass er sich als schlechter Taktiker erwiesen habe.

Sollte in dieser Erfahrung Hitlers der tiefere psychologische Beweggrund dafür liegen, dass die NSDAP-Propaganda jetzt so scharfe Töne gegen die feinen Leute anschlägt?

Nazitypen.

Im Prozess des Berliner Polizei-Vizepräsidenten Dr. Weiss gegen den nationalsozialistischen "Angriff" wurde Herr Gustav Steinmeyer als Zeuge vernommen. Herr Steinmeyer bekannte, seit Jahren Mitglied der NSDAP zu sein. Er ist der Inhaber eines Berliner Vergnügungsbetriebs, in dem Tanzdamen ausgebeutet werden. Sein Betrieb pflegt mit Vorliebe in der Boulevardpresse zu inserieren, über die sich die Parteipresse des Herrn Steinmeyer dank der Unsittlichkeit ihrer Inserate erbost. In diesen Inseraten wurde mit besonderer Vorliebe auf die fast völlige Ausgezogenheit der Tanzdamen bei Steinmeyer hingewiesen. Geld stinkt nicht, und so verkehrten führende Nationalsozialisten recht freundlich und genusslich mit Herrn Steinmeyer.

Wirtschaft Technik Handel

Hilft Kontingentierung?

SPD. In den beteiligten Reichsministerien hat der Kampf um die Einzelkontingente begonnen. Es wird gefeilscht und gehandelt und man erhält einen Vorgeschmack von der Interessenten- und Cliquenwirtschaft, in die das System der Kontingentierungen führen muss. Wenn man beispielsweise für jede Südfrucht oder für jedes Schwein, das man nach Deutschland einführen will, anderen Interessentengruppen Zugeständnisse zu machen hat, muss das unser Wirtschafts- und Geschäftsleben von Grund auf demoralisieren. Auf die Dauer muss das System der Kontingentierung dieselben üblen Blüten treiben wie das Kartellwesen und die Kriegszwangswirtschaft.

Immer wieder fragt man sich, weshalb sich Deutschland in das Abenteuer der Kontingentierung stürzen will? Man kann darauf antworten, dass die Regierung unter dem Druck der Landwirtschaft steht. Die grossen landwirtschaftlichen Organisationen haben die Idee der Kontingentierung von den Nationalsozialisten übernommen und sie auf ihr Banner geschrieben. Wahrscheinlich - viele Dinge sprechen dafür - um den Nazis, die die alten landwirtschaftlichen Organisationen stark berennen, Konkurrenz zu machen. Unter diesen Umständen hat erst die Kontingentierungsfrage die Bedeutung der letzten Wochen erhalten. Der ganze Streit wird in Deutschland zuviel mit Schlagworten und zu wenig mit dem Rechenstift ausgetragen. Man übersieht dabei, dass man der Landwirtschaft mit Mitteln helfen will, die versagen müssen.

Der Gedanke, die Lebensmitteleinfuhr aus dem Auslande abzustopfen und dafür die heimische Landwirtschaft und Gärtnerei als Ersatz heranzuziehen, leuchtet an sich ein. Ist so schön, dass sich der unkritische Mensch ihm kaum versagen kann. Wie sieht's aber aus, wenn man den Rechenstift arbeiten lässt?

Die Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland betrug, wenn man von überseeischen Artikeln wie Kaffee, Tee, Kakao, usw. absieht, im Jahre 1927 3,6 Milliarden Mark. Das ist eine gewaltige Summe und unserer Landwirtschaft und unserer Gärtnerei wäre besser, falls sie diese Summe jährlich mehr vereinnahmen könnte. Nun ist jedoch die Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland von Jahr zu Jahr gefallen. Nicht nur infolge der Krise, sondern auch deshalb, weil die verbesserte heimische Produktion die Einfuhr aus dem Auslande auf wichtigen Gebieten völlig oder zu grossem Teil ersetzt hat. Das gilt für Getreide, das gilt für Vieh, Fleisch, zum Teil für Butter usw. Im Jahre 1931 machte die Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland, immer unter den oben angegebenen Voraussetzungen, rund 1,2 Milliarden Mark aus. Im laufenden Jahre dürfte sie sogar auf 700 bis 800 Millionen Mark fallen.

Diese Einfuhr setzt sich aus vielen kleinen und kleinsten Posten zusammen. Den grössten Posten stellt die Eiereinfuhr dar und es ist heute schon abzusehen, wann die deutsche Eierproduktion, vorausgesetzt, dass sie planmässig und kräftig entwickelt wird (z.B. durch eine hinreichende Futtermittelverbilligung), die ausländische Eiereinfuhr so gut wie vollständig verdrängt. Schlagartig und sofort lässt sich bei diesen Importen nichts

abbauen.

Nun wollen wir einmal annehmen, dass es durch die Kontingentierung gelingt, die verbliebene Lebensmitteleinfuhr von 700 bis 800 Millionen Mark wesentlich zu verringern. (Eine vollständige Verdrängung halten auch die agrarischen Vertreter nicht für möglich). Dann müssten sich, so sagen die Freunde der Kontingentierung, die Einnahmen der Landwirtschaft in dem Ausmass steigern, wie eine Verdrängung möglich war. Preisveränderungen sollen dabei unberücksichtigt bleiben. Aber selbst wenn man mit der Kontingentierung eine erhebliche Preissteigerung erreichen kann, was in Rücksicht auf die Kaufkraft ganz ausgeschlossen ist, dann werden sich die Einnahmen, die die Landwirtschaft beim Verkauf ihrer Produkte erhält, nicht so steigern, wie das auf den ersten Blick möglich erscheint. Es wird aber so sein, dass keine Steigerung der Gesamteinnahmen eintritt, da ja die Kontingentierung Millionen von deutschen Arbeitern arbeitslos machen muss. Diese neuen Arbeitslosen können aber der Landwirtschaft weder Butter noch Milch abkaufen. Dieser Ausfall muss auf die Gesamteinnahmen der Landwirtschaft natürlich drücken.

Da liegt überhaupt der Schwerpunkt der ganzen Frage. Die deutsche Landwirtschaft erzielte im Verkauf ihrer wichtigsten Produkte während des Jahres 1928/29 Gesamteinnahmen in Höhe von 10,30 Milliarden Mark. Das war die höchste Einnahme der Landwirtschaft in der Zeit nach der Stabilisierung der Mark. Während der Krise fallen die Einnahmen; im Jahre 1929/30 auf 9,79 Milliarden, im Jahre 1930/31 auf 8,89 Milliarden und schliesslich im Jahre 1931/32 auf 7,27 Milliarden.

Die deutsche Landwirtschaft hat also an ihren wichtigsten Produkten im Jahre 1931/32 rund 3 Milliarden Mark weniger eingenommen als im Jahre der Hochkonjunktur 1928/29 und sogar rund 200 Millionen Mark weniger als im Jahre 1924/25, als die deutsche Wirtschaft nach den Schäden der Inflation wieder angekurbelt werden musste. In der Zeit zwischen den Höchsteinnahmen der deutschen Landwirtschaft von 1928/29 und den um 3 Milliarden Mark verringerten Einnahmen im Jahre 1931/32 fällt der ungeheure Lohnabbau, den die Industriearbeiterschaft sich gefallen lassen musste, fällt der Gehaltsabbau der Beamten und Angestellten, fällt die Halbierung des Arbeitseinkommens.

Die Verringerung der Gesamteinnahmen in der Landwirtschaft erklärt sich vorzugsweise aus der Verringerung des Arbeitseinkommens. Die Feststellung "Arbeiternot ist Bauerntod" erhält damit wieder ihr Recht.

Auch die Landwirtschaft muss einsehen, dass ihr nur dann zu helfen ist, wenn die Arbeiter wieder anständige Löhne bekommen. Die Kontingentierung wird, weil sie unseren Industrieexport drosselt, neue Arbeiterschichten arbeitslos machen. Zehn Millionen Menschen leben in Deutschland nun einmal vom Export. Stösst man sie in den Fluch der Arbeitslosigkeit, dann wird die Landwirtschaft Käufer verlieren und ihre Gesamteinnahmen müssen weiter sinken.

Die ganze Kontingentierung ist eine Demagogie der Nazis. Mit ihnen kann man wohl Menschen dumm und verrückt machen. Aber man kann der deutschen Wirtschaft und dem Landwirt nicht helfen.

SPD. Aus den Unklarheiten und Halbheiten auf der Konferenz in Stressa, die sich nun schon seit Wochen mit der Wirtschaftssituation der osteuropäischen Getreideländer beschäftigt, hat sich jetzt ein Gedanke herausgeschält, der auf eine Getreidevalorisation (Getreidepreisbesserung) hinausläuft. Wenigstens hat man in Stressa u.a. eine entsprechende Empfehlung an die beteiligten Länder zustandegebracht. Es kommt nun alles darauf an, wie man diese Empfehlung verwirklichen will. Deutschland hat schon jetzt erklärt,

dass es sich nicht beteiligen wird, weil es eben die erforderlichen Summen nicht aufbringen könne. Bei anderen Ländern, z.B. bei Frankreich, ist es zweifelhaft, ob man später gewillt ist, seine Grenzen für die Getreideeinfuhr aus den osteuropäischen Staaten zu öffnen. So scheint es, als ob die in Stresa empfohlene Getreidevalorisierung im besten Falle mit einer Subventionierung der osteuropäischen Agrarstaaten durch westeuropäische Industriestaaten enden wird.

Der Valorisierungsplan von Stresa sieht vor, dass die Gläubiger bzw. Industrieländer, die von den osteuropäischen Agrarländern Zinsen zu erhalten haben oder Industriewaren nach Osteuropa absetzen wollen, einen Valorisierungsfond von 70 Millionen Schweizer Franken aufzubringen haben. Von der Valorisierung sollen sechzehn Millionen Doppelzentner Weizen, 15 Millionen dz Gerste und 13,5 Mill. dz Mais erfasst werden. Man könnte mit Hilfe des Valorisierungsfonds für einen Doppelzentner Weizen zwei Schweizer Franken und 1,5 Schweizer Franken für einen Doppelzentner Gerste bzw. Mais zur Verfügung stellen. Den Agrarstaaten steht es nun völlig frei, diese Summe als Exportprämien zu verwenden oder sie sofort an die Landwirtschaft zu geben.

Hier zeigt sich aber schon die Problematik des Vorschlags. Wenn man schon Exportprämien gibt, dann muss man Märkte haben, nach denen man exportieren will. Diese Märkte sind aber nicht vorhanden; bleibt also nichts anderes übrig, als den Valorisierungsfond als unmittelbare Subvention an die Landwirtschaft zu geben. Damit wird aus dem Valorisierungsplan von Stresa der Plan einer Anleihe an die osteuropäischen Agrarländer bzw. an die osteuropäische Landwirtschaft.

Dieser Ausgang beweist am besten, dass der Rahmen der Konferenz von Stresa zu klein ist, um die europäischen Wirtschaftsprobleme einer Lösung entgegenzuführen.

Berliner Rauhfuttermarkt.

(20. September).

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM - ,65 - ,80
" Weizenstroh "	" - ,50 - ,60
" Haferstroh "	" - ,50 - ,60
" Gerstenstroh "	" - ,50 - ,60
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" - ,65 - ,85
Einfadengepresstes Roggenstroh	" - ,50 - ,70
" Weizenstroh	" - ,45 - ,55
Häcksel	" 1,30 1,45
Tendenz behauptet	
Gutes Heu, gesund und trocken 1. Schnitt	" 1,90 - 1,25
Luzerne, lose	" 2,00 - 2,70
Thymothee, lose	" 2,10 - 2,40
Kleeheu, lose	" 1,90 - 2,20
Drahtgepresstes Heu	Pf. 40 über Notiz

Tendenz stetig.

Trotz Stützung schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 20. September.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag insbesondere für Weizen eine etwas schwächere Stimmung. Das Angebot war nicht gross, aber die Mühlen hielten sich bei dem schleppenden Mehlgeschäft weiter zurück. Infolgedessen konnten sich die Kurse nicht mehr behaupten, sondern mussten am Promptmarkt um Mk, 1,-- herabgesetzt werden. Auch in Roggen stand nur sehr wenig Material zur Verfügung. Hier war der Bedarf gleichfalls sehr gering, sodass erneut Stützungskäufe vorgenommen wurden. Infolgedessen konnte sich der Promptkurs behaupten, während sich am Markte der Zeitgeschäfte sogar noch kleine Preisgewinne von etwa $\frac{1}{2}$ Mark bis 1 Mark ergaben. Das Mehlgeschäft hatte keinerlei Belebung erfahren, obwohl die Forderungen für Weizenmehl um 25 Pfg., für Roggenmehl um etwa 10 Pfennig ermässigt waren. Hafer neigte gleichfalls zur Schwäche. Hier wie auch im Gerstengeschäft waren die Forderungen der Landwirte zum Teil erhöht, konnten jedoch beim Konsum kaum durchgesetzt werden.

	19.9.	20.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	207 - 209	206 - 208
Roggen	160 - 162	160 - 162
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	137 - 142	137 - 141
Weizenmehl	25,00-30,00	25,00-29,75
Roggenmehl	21,40-23,75	21,30-23,65
Weizenkleie	9,80-10,20	9,80-10,20
Roggenkleie	8,50-8,90	8,50-8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 220 $\frac{1}{2}$ -220 (Vor- tag 220 $\frac{1}{2}$), Oktober 218 $\frac{1}{2}$ bis 218 Brief (219 $\frac{1}{2}$), Dezember 219-218 $\frac{1}{2}$ (219 $\frac{1}{2}$), März 223 + Brief (223 $\frac{1}{2}$), Roggen September - bis 173 $\frac{1}{2}$ (171 $\frac{1}{2}$), Oktober 172-172 $\frac{1}{2}$ (171 $\frac{1}{2}$), Dezember 173-173 $\frac{1}{2}$ (173), März 175-175 $\frac{1}{2}$ (174 $\frac{1}{2}$). Hafer September 145 $\frac{1}{2}$ (146 $\frac{1}{2}$).

Berliner Viehmarkt.

(20. September)

SPD. Auf dem Hammelmarkt setzten sich am Dienstag die Preissteigerungen fort; auch auf dem Schweinemarkt gingen die Preise nach oben. Die Besckickung dürfte etwa 10 000 Schweine ausgemacht haben. Stärker war die Preissteigerung auf dem Kälbermarkt. Die Zufuhren auf dem Rindermarkt waren reichlicher ausgefallen als das letztmal, was sich in der Preisbildung deutlich zeigte.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund 45, b. 240 bis 300 Pfund 43-45 (43), c. 200 bis 240 Pfund 42-44 (40-43), d. 160 bis 200 Pfund 38-41 (36-39), e. 120 bis 160 Pfund 35-36 (34-35), Sauen 37-40 (37-39), Schafe: a. 33-34 (31-33), b. 35-36 (34-36), c. 30-33 (29-33), d. 14-28 (15-27). Kälber: b. 45-54 (45-51), c. 38-50 (35-47) d. 25-35 (23-33) Kühe: a. 23-24 (25-27), b. 20-22 (21-24), c. 17-19 (18-20), d. 10-16 (11-17).



Ausblick auf Genf.

Deutschland gegen die Vierzigstundenwoche?

SPD. Was wird in Genf werden? Mit wenig Zuversicht und Hoffnung kann man diese Frage stellen. Traurig, aber wahr. In den modernen Industriestaaten haben mehr als 25 Millionen arbeitswillige Menschen keinen Arbeitsplatz. Sie hungern. Ein furchtbarer Winter ist im Anzug. Alle Welt hat Angst vor diesem Winter, und vor allem hat Deutschland Grund, viel Grund zu dieser Angst. Seine Regierung hat daher einen Versuch zur Belebung der Wirtschaft unternommen. Dieser Versuch kann aber nur gelingen, wenn in der Welt eine Besserung der Lage eintritt. Diese Besserung kann aber, abgesehen von der notwendigen Wiederkehr des Vertrauens, nur durch internationale Zusammenarbeit erzielt werden. Eine Möglichkeit zu solcher internationaler Zusammenarbeit für die Entlastung des Arbeitsmarktes liegt in einer internationalen Arbeitszeitverkürzung. Für diese soll die Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die am Mittwoch in Genf beginnt, den Weg frei machen.

Wird die Tagung Erfolg haben? Bestimmt nicht, wenn die deutsche Regierung wirklich in Genf eine Haltung einnehmen wird, wie sie in alarmierenden Meldungen bereits skizziert wird. So wird in christlichen Gewerkschaftsorganen versichert, die deutsche Regierung werde in Genf wahrscheinlich ein Übereinkommen, das eine generelle Einführung der Vierzigstundenwoche empfiehlt, ablehnen und die Forderung nach freiwilliger Arbeitszeitverkürzung unterstützen. Die deutschen Regierungsvertreter würden dabei auf die jüngsten sozialpolitischen Massnahmen in Deutschland hinweisen, die ohne gesetzlichen Zwang durch Anregung der eigenen Initiative der privaten Unternehmer eine freiwillige Einführung kürzerer Arbeitszeit fördern wollen.

Eine solche Haltung wäre gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen Abkehr Deutschlands von seiner in der internationalen Sozialpolitik bisher eingehaltenen Linie. Der Verwaltungsrat ist doch auf die Initiative Italiens hin gerade zu dem Zweck einer systematischen internationalen Regelung der Arbeitszeitverkürzung einberufen worden. Der italienische Regierungsvertreter de Michelis betont in seinem Schreiben an den Verwaltungsrat ausdrücklich, dass die in den einzelnen Ländern bereits ergriffenen verschiedenen Massnahmen zur Neuverteilung der vorhandenen Arbeitskräfte durch Arbeitszeitverkürzung keinen Erfolg hatten, weil diese Massnahmen nicht systematisch genug durchgeführt worden seien. Eine Linderung der Arbeitslosigkeit durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit sei nur auf dem Wege einer internationalen Vereinbarung möglich. Eben weil man bisher mit der freiwilligen Arbeitszeitverkürzung nicht weiter gekommen ist, soll ein internationales Übereinkommen für Arbeitszeitverkürzung geschaffen werden! Nicht die Forderung nach freiwilliger Arbeitszeitverkürzung, sondern die Forderung auf generelle Einführung der Vierzigstundenwoche steht in Genf zur Debatte. Geforderte internationale Arbeitszeitverkürzung - darin allein besteht der Sinn der italienischen Initiative. Freiwillige Arbeitszeitverkürzung ändert nichts an den ungleichartigen Wettbewerbsbedingungen; diese aber sollen ja

gerade durch eine internationale Vereinbarung ausgeschaltet werden.

Ein Rückzug der deutschen Regierung auf freiwillige Arbeitszeitverkürzung wäre nichts anderes als Flucht vor der Genfer Aufgabe, ja eine Sabotage dieser Aufgabe. Mit einem Hinweis auf das Arbeitszeitverkürzungsexperiment, wie es die Notverordnung vorsieht, kann die deutsche Regierung in Genf keinen Staat machen. Sie sollte es daher lieber bleiben lassen, mit einem solchen Hinweis Ausflüchte zu verschleiern. Die Arbeitszeitverkürzung der Notverordnung ist ein mehr als problematisches Ding. Jedenfalls liegt noch nicht die Spur eines Beweises für einen Erfolg dieses Experimentes vor. Was soll also in Genf ein Hinweis auf dieses Experiment? In allen Ländern und gerade in Deutschland ist längst der Beweis dafür geliefert, dass mit einer Arbeitszeitverkürzung auf dem Weg der Freiwilligkeit praktisch nichts Durchgreifendes zu erzielen ist.

Wir trauen der deutschen Regierung allerhand zu. Dennoch möchten wir einstweilen noch nicht annehmen, dass sie den traurigen Mut besitzt, in Genf tatsächlich die Schaffung eines internationalen Uebereinkommens über die Vierzigstundenwoche zu vereiteln. Wer die internationale Arbeitszeitverkürzung hintertreibt, begeht ein Verbrechen an den Arbeitslosen.

SPD. Unter den Arbeitsinvaliden herrscht bitterste Not. Ihre Unterstützungsgroschen reichen nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Der nicht unterstützte Arbeitslose oder ein jüngerer Wohlfahrtsunterstützungsempfänger kann wenigstens ab und zu einmal noch eine kleine Gelegenheitsarbeit auftreiben und sich so gerade noch über Wasser halten. Bei dem Arbeitsinvaliden ist auch diese letzte Hilfsmöglichkeit nicht mehr vorhanden. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat daher jetzt die Reichsregierung in zwei Eingaben mit schärfstem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass gegen das fürchterliche Elend der Invaliden nun bald etwas unternommen werden muss.

In der Fürsorge macht die Senkung der Richtsätze weit mehr aus als die Senkung der Lebenshaltungskosten. Trotzdem werden neuerdings sogar Stimmen laut, die die Festlegung der Richtsätze ganz beseitigt wissen wollen, um so bei der Gewährung der Fürsorge überhaupt an keine Regelleistungen mehr gebunden zu sein. Auch wird die Aufhebung der Reichsgrundsätze als Rechtsverordnung und Mindestprogramm verlangt, und darüber hinaus wird weiter gefordert, alle Bestimmungen zu streichen, die die Fürsorgegewährung an die Klein- und Sozialrentner und ihnen Gleichgestellte nach den Reichsgrundsätzen regeln. Auch die soziale Fürsorge für die Opfer des Krieges soll beseitigt werden.

Der Zentralverband betont, er könne sich nicht vorstellen, dass die Reichsregierung solchen ungeheuerlichen Forderungen auch nur um ein kleines Stück entgegenkommt. Rücksichtslos müsse er sich gegen den Vorschlag des Deutschen Städtetages wenden, der die Differenz zwischen der allgemeinen und der erhöhten Fürsorge auf 7½% festsetzen wolle. Das gleiche gelte von der Anregung des Preussischen Städtetages, die Differenz zwischen der allgemeinen und der erhöhten Fürsorge auf die Mietszuschüsse anzurechnen. Von den Gemeinden und Fürsorgeverbänden, die doch am besten wissen müssten, wie furchtbar die Lage der Hilfsbedürftigen ist, dürfe man wohl erwarten, dass sie nicht die Hand dazu bieten, grausames Elend noch weiter zu steigern; auf der andern Seite dürfe natürlich die Reichsregierung auch nicht die Fürsorgebehörden durch Druck auf die Finanzen gewaltsam zum Abbau der Unterstützung zwingen.

In der Sozialversicherung hat der Abbau der Leistungen das traurige Los der Sozialrentner geradezu unerträglich gestaltet. Die Notverordnung vom

gerade durch eine internationale Vereinbarung ausgeschaltet werden.

Ein Rückzug der deutschen Regierung auf freiwillige Arbeitszeitverkürzung wäre nichts anderes als Flucht vor der Genfer Aufgabe, ja eine Sabotage dieser Aufgabe. Mit einem Hinweis auf das Arbeitszeitverkürzungsexperiment, wie es die Notverordnung vorsieht, kann die deutsche Regierung in Genf keinen Staat machen. Sie sollte es daher lieber bleiben lassen, mit einem solchen Hinweis Ausflüchte zu verschleiern. Die Arbeitszeitverkürzung der Notverordnung ist ein mehr als problematisches Ding. Jedenfalls liegt noch nicht die Spur eines Beweises für einen Erfolg dieses Experimentes vor. Was soll also in Genf ein Hinweis auf dieses Experiment? In allen Ländern und gerade in Deutschland ist längst der Beweis dafür geliefert, dass mit einer Arbeitszeitverkürzung auf dem Weg der Freiwilligkeit praktisch nichts Durchgreifendes zu erzielen ist.

Wir trauen der deutschen Regierung allerhand zu. Dennoch möchten wir einstweilen noch nicht annehmen, dass sie den traurigen Mut besitzt, in Genf tatsächlich die Schaffung eines internationalen Uebereinkommens über die Vierzigstundenwoche zu vereiteln. Wer die internationale Arbeitszeitverkürzung hintertreibt, begeht ein Verbrechen an den Arbeitslosen.

SPD. Unter den Arbeitsinvaliden herrscht bitterste Not. Ihre Unterstützungsgroschen reichen nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Der nicht unterstützte Arbeitslose oder ein jüngerer Wohlfahrtsunterstützungsempfänger kann wenigstens ab und zu einmal noch eine kleine Gelegenheitsarbeit auftreiben und sich so gerade noch über Wasser halten. Bei dem Arbeitsinvaliden ist auch diese letzte Hilfsmöglichkeit nicht mehr vorhanden. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat daher jetzt die Reichsregierung in zwei Eingaben mit schärfstem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass gegen das fürchterliche Elend der Invaliden nun bald etwas unternommen werden muss.

In der Fürsorge macht die Senkung der Richtsätze weit mehr aus als die Senkung der Lebenshaltungskosten. Trotzdem werden neuerdings sogar Stimmen laut, die die Festlegung der Richtsätze ganz beseitigt wissen wollen, um so bei der Gewährung der Fürsorge überhaupt an keine Regelleistungen mehr gebunden zu sein. Auch wird die Aufhebung der Reichsgrundsätze als Rechtsverordnung und Mindestprogramm verlangt, und darüber hinaus wird weiter gefordert, alle Bestimmungen zu streichen, die die Fürsorgegewährung an die Klein- und Sozialrentner und ihnen Gleichgestellte nach den Reichsgrundsätzen regeln. Auch die soziale Fürsorge für die Opfer des Krieges soll beseitigt werden.

Der Zentralverband betont, er könne sich nicht vorstellen, dass die Reichsregierung solchen ungeheuerlichen Forderungen auch nur um ein kleines Stück entgegenkommt. Rücksichtslos müsse er sich gegen den Vorschlag des Deutschen Städtetages wenden, der die Differenz zwischen der allgemeinen und der erhöhten Fürsorge auf 7½% festsetzen wolle. Das gleiche gelte von der Anregung des Preussischen Städtetages, die Differenz zwischen der allgemeinen und der erhöhten Fürsorge auf die Mietszuschüsse anzurechnen. Von den Gemeinden und Fürsorgeverbänden, die doch am besten wissen müssten, wie furchtbar die Lage der Hilfsbedürftigen ist, dürfe man wohl erwarten, dass sie nicht die Hand dazu bieten, grausames Elend noch weiter zu steigern; auf der andern Seite dürfe natürlich die Reichsregierung auch nicht die Fürsorgebehörden durch Druck auf die Finanzen gewaltsam zum Abbau der Unterstützung zwingen.

In der Sozialversicherung hat der Abbau der Leistungen das traurige Los der Sozialrentner geradezu unerträglich gestaltet. Die Notverordnung vom

14. Juni hat die allerschlimmsten Wirkungen gehabt, weil durch sie jetzt auch alle Rentner, die bislang von den Kürzungsbestimmungen verschont waren, sehr hart getroffen wurden. Durch diese Verordnung wurden selbst die kleinsten Renten empfindlich gekürzt. Bei vielen Zehntausenden von Rentnerempfängern kann heute, nachdem auch die Richtsätze der Fürsorge herabgesetzt wurden, von der Sicherung auch nur des notdürftigsten Lebensunterhalts keine Rede mehr sein.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden fordert Beseitigung der schlimmsten Härten, die sich aus den bisherigen Kürzungsbestimmungen ergeben haben, vor allem: Aufhebung der Kürzungen von 6, 5 oder 4 Mark durch die Verordnung vom 14. Juni, Wiedergewährung der Kinderzuschüsse und Waisenrenten insbesondere bei Schul- und Berufsausbildung, Wiedergewährung der Altwitwenrenten, deren Männer vor 1912 gestorben sind, Wiederherstellung der Bestimmungen über den Doppelbezug von Renten nach der alten Fassung, Aufhebung der Unfallrentenkürzung und Rückgängigmachung des Fortfalls der kleinen Unfallrenten. Zur Begründung dieser Forderungen verlangt der Zentralverband eine Aussprache mit der Regierung. Gegen jede weitere Rentenkürzung erhebt der Verband schärfsten Protest.

SPD. Die Arbeitslosigkeit hat in Frankreich mit der Beendigung des Hauptteils der Erntearbeiten wieder zugenommen. Der Zugang an Arbeitslosen stammt in erster Linie aus den landwirtschaftlichen Departements. Die am 10. September abgeschlossene Statistik verzeichnet eine Zunahme der Zahl der Unterstützungsempfänger und zwar um 3 484 auf 263 978; davon sind 192 854 männliche und 71 124 weibliche Erwerbslose.

Auch die Kurzarbeit hat zugenommen, wenn auch nicht so stark wie die Vollarbeitslosigkeit. Am 10. September wurden 14 891 unterstützte Kurzarbeiter gezählt gegen 14 144 in der Woche zuvor. Dazu kommen noch Unterstützungsgen an 4 781 arbeitslose Dockarbeiter und 746 Seeleute, die aus besonderen Kassen gezahlt werden.

Dass die wirkliche Arbeitslosigkeit in Frankreich viel höher ist, als sie in der Zahl der Unterstützungsempfänger in Erscheinung tritt, geht aus aus den Ziffern der amtlichen Stellennachweise hervor. In der am 10. September beendeten Woche mussten 300 445 Stellensuchende abgewiesen werden.

Interessant ist die Feststellung der Statistik, dass in der Berichtswoche 1 160 ausländische Arbeiter neu nach Frankreich eingewandert sind, während nur 1 092 Ausländer wieder auswanderten. Seit Herbst 1931 war die Zahl der Auswandernden stets wesentlich höher als die der Einwanderer.

SPD. Der Kongress der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf hat gegen die Politik der Herrenregierung schärfste Abwehr angekündigt. Die Mitarbeit der christlichen Gewerkschaften - betont der Kongress in seiner Kampferschliessung gegen die Papenregierung - setze eine Staatsführung voraus, der die Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Schichten des Volkes oberstes Gesetz sei. Die Herrenschicht, aus der die Regierung Papen komme, biete dafür keinerlei Gewähr. Mit schärfstem Nachdruck protestiert der Kongress gegen die sozialen Ungeheuerlichkeiten der letzten Notverordnungen. Er warnt vor jedem Spiel mit verhüllter oder offener Diktatur und fordert die Bildung einer wahrhaft nationalen und sozialen, vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung.
